

### **Was liegt hinter den Emotionen?**

Als sächsische Ministerin habe ich in den letzten Jahren Tausende von Gesprächen geführt: in aufgebrachten und wutgeladenen Bürgerversammlungen genauso wie in meinen Bürgersprechstunden oder am Rande von Veranstaltungen und Demonstrationen. Über die aktuelle Bedeutung und Qualität von Emotionen in der Politik könnte ich einiges sagen. Und natürlich war auch das Thema Flucht/Asyl in allgegenwärtig. Doch ich halte einen Teil der Grundthese der Sektion 5 für zu kurz: Sie spricht allein über den Einfluss von Globalisierung, Einwanderung und Individualisierung. Diese Entwicklungen gibt es natürlich und sie beschleunigen die Polarisierung innerhalb der Gesellschaft. Das aber v.a. dann, wenn man die dahinterliegenden Ursachen für Emotionen nicht bedenkt.

Ich habe die Angewohnheit, dass ich mein Gegenüber meist frage, „Wer sind Sie“, und damit versuche herauszufinden, welche Menschen eigentlich vor mir stehen. Und fast in allen Fällen war recht schnell nicht mehr die „Flüchtlingsproblematik“ das alles entscheidende Thema, in dem ich in den letzten Jahren mit teils sehr aufgebrachten Menschen diskutierte, sondern stellte sich als Projektionsfläche heraus. Die Leute sprachen über andere Gründe: Über die Angst, gerade der Älteren, vor einem schnellen sozialen Abstieg. Dies schien mir sogar ein wesentlicher Treiber für die Ablehnung der Aufnahme einer hohen Anzahl (keinesfalls grundsätzlich aller!) Migranten zu sein. Zweitens prägten die Gespräche die Wahrnehmung von Menschen aus den ländlichen sowie klein- und vorstädtischen Gebieten das Wegbrechen von Sozial- und Verkehrsinfrastruktur. Dies führte zu einem persönlichen Entwertungsgefühl. Drittens besteht scheinbar ein weitverbreitetes Gefühl, nicht den gerechten Anteil an gleichwertigen Lebensverhältnissen zu bekommen. Genau dieses Zusammenspiel von Fakten und Gefühlen führte zur Wut, „für Flüchtlinge wird mehr getan als für bedürftige Deutsche“ oder der „eigene Alltag ist schwierig, aber das Leben der Migranten wird ‚einfacher‘ gemacht“.

All diese Gefühle sind in Ostdeutschland besonders stark, weil dort mehr Leute zu geringen Löhnen arbeiten, von Jobverlust bedroht und von einem Abbau an Infrastruktur betroffen waren. Zudem kam in den meisten Gesprächen heraus, die Flüchtlinge waren nur der Anlass, doch der Grund der Erregung war bei vielen offensichtlich älter: Fast alle Gespräche endeten mit den persönlichen Erlebnissen der Menschen während der Nachwendezeit. Obwohl seitdem fast 30 Jahre vergangen sind, offenbarten sich unbewältigte Demütigungen, Kränkungen und Ungerechtigkeiten, die die Menschen bis heute noch bewegen, unabhängig – und das ist zentral, ob sie sich nach 1990 erfolgreich durchgekämpft haben oder nicht. Es ging in fast allen Gesprächen um Lebensbrüche, vor allem berufliche, aber auch private. Über diese Themen wurde viele Jahre nicht gesprochen, sondern sie wurden unterdrückt.

All diese Gefühle wurden verstärkt durch ein Unbehagen über den aktuellen Wandel, und aus Sicht derer, die selten von Wandel profitieren, zu Recht. Viele spüren eine Erschütterung von Ordnung, Sicherheit und Kontrolle. Dieses Gefühl besteht nicht erst seit der „Öffnung der Grenze“ im Sommer 2015: die Banken- und Eurokrise, dubiose Finanzgeschäfte, die „Selbstbedienung“ von Managern, islamistische Terroranschläge oder neoliberale Reformen haben dieses Gefühl seit Jahren aufgebaut. In Ostdeutschland hat faktisch jeder Ältere einen massiven Umbruch der eigenen Lebensbiographie hinter sich. Im Osten betrafen die Niedriglohnpolitik und den Hartz-IV Regelungen große Teile der (unteren) Mittelschicht. Auch daraus hat sich in Ostdeutschland eine größere Verbitterung, Hass und Wut auf „das System“ entwickelt, teilweise verbunden mit Verschwörungstheorien, unterstützt von extremen und radikalen Rechten, die im Osten besonders stark sind, weil die zivilgesellschaftliche Gegenmacht genauso wie die Parteimitgliedschaft schwächer sind. Responsive Kritik und mäßigende Einwirkung durch Repräsentanten sind derart schwieriger, auch weil der Osten als einziges Mantra lange Jahre hörte: „jeder ist seines Glückes Schmied“ und „Öffentliche Daseinsvorsorge und Strukturen müssen privatisiert oder klein gemacht werden“. Viele haben kein Vertrauen in die Politik und ihre Vertreter – auch dafür gibt es in Ostdeutschland besondere Gründe.